

## Nahostkonflikt II

A: an-nizā` fī aš-šarq al-`ausaṭ. - E: Middle East conflict. - F: conflit du Proche-Orient/Moyen-Orient. - R: bližnevostočnyj konflikt. - S: conflicto de Oriente Próximo. - C: Zhōngdōng chōngtū 中东冲突

II. *Palästinakonflikt*. - Innerhalb des weiten territorialen Rahmens, den der Begriff N umfassen kann, spielt der Palästinakonflikt eine zentrale Rolle. Denn er weist nach Ursache, Ursprung und Entwicklung gegenüber den anderen Konflikten der Region mit seinen weitreichenden Verzweigungen und wechselseitigen Beeinflussungen besondere Merkmale auf. Einen wesentlichen Aspekt umreißt Israels Verteidigungsminister Mosche **Dajan** einige Monate vor dem Oktoberkrieg bzw. Jom-Kippur-Krieg von 1973 treffend mit den Worten: >Alle unsere Siedlungen sind auf den Trümmern arabischer Dörfer erbaut, und wir reißen nicht nur ihre Mauern nieder, sondern versuchen, auch ihre Namen aus den Geschichtsbüchern auszuradieren. Sie haben also sehr gute Gründe, gegen uns zu kämpfen, und wenn ich ein Araber wäre, wäre ich wohl ein Kämpfer für El Fatah.< (Zit.n. Fried 1973, 46) Dieser Siedlungsprozess, der sich auch im 21. Jh. fortsetzt, ist mit einer Vielzahl politischer und ökonomischer Interessengegensätze verschiedener Herkunft verknüpft, sodass es schwerfällt, eine Grundlinie zu entdecken, die den N als Ganzes erklären und eine politische Lösungsmöglichkeit aufzeigen könnte. Eine wichtige Voraussetzung ist die zionistische Ideologie, die von Beginn an den Anspruch vorantreibt, arabisches Land in jüdisches zu verwandeln.

Die Beurteilung des Palästinakonflikts führt - auch außerhalb des Nahen Ostens - immer wieder zu Kontroversen. Das erschwert bes. in Deutschland den Umgang mit diesem Konflikt, zu dessen Hauptstreitpunkten seit der Staatsgründung Israels 1948 die Staatsgrenzen, die Besatzung, das Rückkehrrecht palästinensischer Flüchtlinge, der Landraub durch den Bau jüdischer Siedlungen auf palästinensischem Gebiet, der Status von Jerusalem und der Zugang zu Trinkwasser zählen. Als mögliche Auswege werden

unterschiedliche Varianten von Ein-Staat- und Zwei-Staaten-Lösungen vorgeschlagen, die auf je verschiedene Weise ein friedliches Neben- oder Miteinander von jüdischer und arabischer Bevölkerung zu erlauben versprechen.

1. *Historischer Ausgangspunkt und Grundzüge des Zionismus.* - Gemessen am biblischen Anspruch auf die jüdische Heimstatt in Palästina, der über 2000 Jahre zurückreicht, ist der Zionismus als nationale Bewegung und ideologisches Projekt eines jüdischen Staates in Palästina sehr jungen Datums. Denn als Antwort auf die Probleme der in alle Welt zerstreuten Juden in einer nichtjüdischen Umwelt aktualisierte er sich erst Ende des 19. Jh., als sowohl die Bemühungen um gleichberechtigte autonome Existenz als auch die Assimilation nicht mehr als Konzepte des Überlebens ausreichten. Besonders die Rechtlosigkeit und Verfolgung der Juden in Russland und Rumänien offenbarte - nach den staatlich geförderten Pogromen seit 1881 mit einem Exodus von zwischen 1 und 3 Mio Ostjuden nach Westen - das Scheitern beider Strategien. Die führenden Theoretiker der jüdischen Autonomie, Moses **Hess** (1862), Leo **Pinsker** (1882) und Theodor **Herzl** (1896), sahen die Lösung der sog. Judenfrage in der Forderung nach einem jüdischen Territorium, die erst 1897 mit dem Basler Programm des Ersten Zionistenkongresses auf Palästina festgelegt wurde.

In Ermangelung politischer und juristischer Gründe wurde auf religiöse Argumente für die Rückkehr der Juden nach 2000-jährigem Exil zurückgegriffen. Selbst wenn man eine jüdische Siedlung im Land der Kanaaniter bis auf 3000 v.u.Z. zurückdatieren will und ihre Präsenz unter den verschiedensten Herrschaften von den Ägyptern über die Philister, die Israeliten, die Phönizier, Assyrer, Babylonier, Perser, Mazedonier bis zur Zerstörung Jerusalems durch die Römer im Jahr 135 annimmt (**Pappe** 2010/2013, 405), ergibt sich daraus kein rechtlicher Anspruch auf ^Rückeroberung^^ des inzwischen von Arabern besiedelten Gebiets. Ein derartiger Anspruch war am Ende des 19. Jh. nicht nur ahistorisch, sondern auch kolonialistisch. Diesen Aspekt übersieht Theodor **Bergmann**, wenn er den Zionismus als >eine der vielen

nationalen Befreiungsbewegungen des 20. Jahrhunderts< begreift (2011, 25).

Während der religiöse Zionismus die Gründung eines weltlichen Judenstaates als notwendige Etappe seiner ^messianischen Erlösung^^ akzeptiert und die ideologische Grundlage der 1974 entstandenen national-religiösen Siedlerbewegung Gusch Emunim mit der schon 1970 gegründeten Siedlung Kirjat Arba nahe Hebron bildet, achtet der säkulare Zionismus, wie ihn u.a. Jeschajahu **Leibowitz** und der profilierte Marxist Shlomo **Avineri** vertreten, streng auf die Trennung von Staat und Religion. Sein Ausgangspunkt ist der zionistische Grundsatz der ^Negation der Diaspora^^, wonach ein jüdisches Leben unter Diaspora-Bedingungen unmöglich sei (vgl. **Zuckermann** 2009, 23f). **Avineri** zufolge kommt dem jüdischen Nationalstaat gleichsam eine >normative Funktion< zu (**Amar-Dahl** 2012, 14): die dauerhafte Garantie der >kollektiven Existenz des jüdischen Volks<, wie **Avineri** es 1999 formuliert (zit.n. Amar-Dahl 2012, 14). >Alleine der Judenstaat und nicht die Religion kann<, so Avineri, >als ein gemeinsamer Nenner [...] für all die heterogenen Faktoren des jüdischen Daseins fungieren.< (zit.n. ebd.) Schon **Herzl** forderte die Beendigung des Diasporalebens angesichts des bedrohlichen Antisemitismus und hielt >die Judenfrage weder für eine soziale noch für eine religiöse<, sondern für eine >nationale Frage< (1896/2006, 14), die nur durch Errichtung eines eigenen Staates gelöst werden konnte.

Den meisten Formen des Zionismus ist die Ablehnung jeglicher Integrationsversuche der jüdischen Gesellschaft in den orientalischen Raum sowie die ausschließliche Ausrichtung auf die westliche Zivilisation gemeinsam. Besonders deutlich vertritt dies zu Beginn des 20. Jh. Max **Nordau**, ein langjähriger Weggefährte von **Herzl**: >Das jüdische Volk wird seine wesenhafte Besonderheit im Rahmen der westlichen Kultur entfalten, wie alle anderen Kulturvölker, und nicht außerhalb dieser. Nämlich in einem wilden, kulturlosen Asiatismus< (zit.n. Amar-Dahl 2012, 33).

Integrationswillige Positionen wie die von Jitzchak **Epstein** und Martin **Buber** bleiben in der Minderheit. Auch innerhalb der

jüdischen Arbeiterbewegung wird von der Poale Zion (Arbeiter Zions), einer Anfang des 20. Jh. in Osteuropa gegründeten sozialistischen Organisation, den arabischen Arbeitern der Zugang zum jüdischen Arbeitsmarkt im jüdischen Gemeinwesen in Palästina verwehrt; die <sup>^</sup>Gleichheit<sup>^^</sup> der sozialistischen Gesellschaft soll nur für die jüdischen Siedler gelten. Diese Variante des Kolonialismus zielt nicht auf die Ausbeutung der arabischen Arbeitskraft, sondern auf ihre Verdrängung und Vertreibung, darin sind sich **Herzl** und **Nordau** einig: >Die arme Bevölkerung<, notiert **Herzl** 1895 in sein Tagebuch, >trachten wir unbemerkt über die Grenze zu schaffen, indem wir ihr in den Durchgangsländern Arbeit verschaffen, aber in unserem eigenen Lande jederlei Arbeit verweigern. Die besitzende Bevölkerung wird zu uns übergehen. Das Expropriationswerk muss ebenso wie die Fortschaffung der Armen mit Zartheit und Behutsamkeit erfolgen< (1922, Bd. 1, 98).

Die Vertreibung der arabischen Bevölkerung ist in den führenden Köpfen der zionistischen Bewegung von ihren Anfängen an vorhanden (**Masalha** 1997; **Pappe** 2006). Einer ihrer frühen Ideologen und einflussreicher Vertreter des sozialistischen Zionismus ab den 1920er Jahren, Berl **Katznelson**, fordert eine Separation beider Völker. Er ist zutiefst von der technologischen und sozialen Rückständigkeit der >arabischen Kultur und Gesellschaft< überzeugt (ref.n. Amar-Dahl 2012, 37), was für die Entfaltung der jüdischen Gesellschaft und die Judaisierung von >Eretz Israel< (hebr. für >Land Israel<) nur hinderlich sei. Dieser >Orientalismus< (**Said** 1978), der dem im <sup>^</sup>Westen<sup>^^</sup> auch unter Nichtjuden dominanten antiarabischen Rassismus entspricht, zieht sich bis zu den Äußerungen der späteren israelischen Staatspräsidenten Schimon **Peres** und Reuven **Rivlin**.

Es fehlt allerdings nicht an öffentlichen Erklärungen, die >unseren Willen, mit dem arabischen Volk in einem Verhältnis der Eintracht und der gegenseitigen Achtung zu leben< (Resolution zur arabischen Frage auf dem Zwölften Zionisten-Kongress 1921 in Karlsbad; zit.n. Buber 1993, 93), betonen und ein Zusammenleben <sup>^</sup>Schulter an Schulter<sup>^^</sup> (von Chaim **Weizmann** 1918 in Jaffa bis **Buber** 1938 in seiner Kontroverse mit Mahatma **Gandhi**) befürworten.

Doch die Realität der Kolonisierung entspricht eher den Forderungen von Wladimir **Jabotinsky**, dem Gründer der Weltunion der Zionistischen Revisionisten und bis zu seinem Tode 1940 Oberkommandierenden der Terrororganisation Irgun Zvai Leumi (deren Führung 1943 sein Schüler und späterer israelischer Ministerpräsident Menachem **Begin** übernahm). In seinem Aufsatz *Die eiserne Wand* schreibt **Jabotinsky** ausgehend von der Überzeugung, dass >von einer freiwilligen Versöhnung der palästinensischen Araber mit uns [...] keine Rede sein< könne (1923, 1): >Die zionistische Kolonisation muss man entweder einstellen oder sie gegen den Willen der einheimischen Bevölkerung weiterführen. Sie kann daher nur unter dem Schutze einer von der einheimischen Bevölkerung unabhängigen Macht - einer eisernen Wand -, die die einheimische Bevölkerung nicht durchbrechen kann, weitergeführt und entwickelt werden.< (2) Wenn die palästinensischen Araber >die Verwirklichung der Gerechtigkeit mit Gewalt hindern wollen, weil sie sich dadurch benachteiligt sehen, so muss man ihnen auch mit Gewalt die Möglichkeit dazu nehmen< (3).

**Jabotinsky** wollte, Avi **Shlaim** zufolge, erst nach dem >Brechen des arabischen Widerstands< gegen den Zionismus >den Palästinensern bürgerliche und nationale Rechte anbieten< (2000, 15). **Jabotinskys** Aufsatz sei, so **Shlaim**, nicht nur im >revisionistischen Zionismus<, der stets eine Minderheit war, sondern auch im >Arbeiterzionismus<, der viele Anhänger fand, sehr einflussreich gewesen; nachdem der Arbeiterzionismus zunächst >unwillig [war] zuzugeben, dass militärische Gewalt fürs Erreichen der Ziele der zionistischen Bewegung nötig sein würde<, setzte auch er im Laufe der Zeit >zunehmend auf die Strategie der eisernen Wand< (16).

Hier zeigen sich zwei weitere wesentliche Züge des Zionismus: zum einen expansionistische Ansprüche, die weit auf libanesisches, jordanisches und syrisches Territorium ausgreifen und ein Eretz Israel im Blick haben, das >vom Bach Ägyptens bis an den Euphrat< reicht, wie **Herzl** 1898 in sein Tagebuch schreibt (1922, Bd. 2, 171); zum anderen eine Kolonisationspraxis der ^vollendeten Tatsachen^^, die mit massenhafter und teilweise illegaler Immigration, mit Landkäufen, dem Aufbau einer Armee und einer

jüdischen Infrastruktur lange vor der Staatsgründung die Trennung zwischen arabischer und jüdischer Gesellschaft forciert.

2. *Britischer und zionistischer Kolonialismus.* - Ohne Unterstützung des seinerzeit stärksten imperialistischen Interessenten Großbritannien wäre es nicht möglich gewesen, das Projekt eines jüdischen Staates über die Jahrzehnte zu realisieren. Wenn auch die britischen Weißbücher von 1922, 1930 und 1939 den Palästinensern stets versichern, dass in ihrem Land kein israelischer Staat errichtet werde, so war doch mit der britisch-französischen Interessenaufteilung durch das geheime *Sykes-Picot-Abkommen* 1916, die *Balfour-Deklaration* 1917 und durch die Mandatsübertragung an Großbritannien 1920 (ratifiziert 1922) die Teilung und Unterwerfung der einheimischen Bevölkerung schon vorgezeichnet. Arnold J. **Toynbee** zufolge beruht die Existenz des israelischen Staates sowie die anschließende Vertreibung der Palästinenser darauf, >dass den palästinensischen Arabern die jüdische Einwanderung 30 Jahre lang durch die englische Militärmacht auferlegt wurde, bis die Einwanderer genügend zahlreich und genügend bewaffnet waren, um mit eigenen Panzern und Flugzeugen für sich selbst zu sorgen< (1970, xiv; vgl. **Khalidi** 2009, 24ff).

Völlig unter den Tisch fiel bei der Mandatsübertragung auch, dass der britische Hochkommissar für Ägypten, Henry **McMahon**, dem Scherifen von Mekka, **Hussein ibn Ali**, im Rahmen der sog. Hussein-McMahon-Korrespondenz bereits 1915 einen arabischen Staat (auch) in Palästina versprochen hatte, um die Araber als Verbündete für den Kampf gegen das Osmanische Reich zu gewinnen. Dieses Versprechen wurde nie eingelöst. Umso mehr galten den Arabern die einwandernden Juden als Speerspitze der britischen Kolonialherren, was wiederum den arabischen Nationalismus und Widerstand beförderte.

Als der britische Außenminister Lord **Balfour** am 2. November 1917 in einem Brief an Lord **Rothschild**, der sog. *Balfour-Deklaration*, die >Errichtung einer nationalen Heimstatt in Palästina für das jüdische Volk< versprach, versuchte Großbritannien damit zunächst

eine besondere Verantwortlichkeit für Palästina zu erlangen, um gegenüber Frankreich am Ende des Ersten Weltkriegs bei den Teilungsverhandlungen eine starke Position zu haben. Ende 1917 war die Besetzung Palästinas vollzogen, Frankreich und die USA hatten beim Sieg über das Osmanische Reich in Palästina und Syrien geholfen. Wenn allerdings die zionistische Bewegung aus diesem Versprechen, das auch in die Präambel des britischen Völkerbundmandats über Palästina aufgenommen wurde, einen völkerrechtlichen Anspruch auf eine Staatsgründung herleiten wollte, widersprach das den Intentionen der britischen Regierung, die in der Erklärung ausdrücklich keine Rechtsgarantie für einen jüdischen Staat in Palästina sah. Damals waren 91% der Bevölkerung Araber, denen 97% des Bodens gehörte. Dennoch kommt diese einheimische Bevölkerung in der Mandatsurkunde bis auf eine flüchtige Erwähnung der arabischen Sprache nicht vor. Die britisch-zionistische Kolonisationspolitik der folgenden Jahre widerspricht eindeutig Art. 22 Abs. 1 und 4 der Völkerbundsatzung, der tiefgreifende Veränderungen in dem Gebiet durch den Mandatar untersagt.

In Palästina lebten 1895 etwa #gr. zahl#500000 Menschen, von denen lediglich #gr. zahl#47000 Juden (9%) waren, die großteils mit der ersten Welle der Einwanderung (erste Alija) seit 1882 gekommen waren. Sie hatten bis dahin 0,5% des Grundbesitzes erworben. In der Zeit des britischen Mandats hatte sich die Bevölkerung bis 1939 auf etwa 1,4 Mio Menschen fast verdreifacht. Der Anteil der Juden war auf etwa #gr. zahl#445000 (30%) angewachsen und ihr Anteil am Grundbesitz hatte sich auf 6% erhöht. Unmittelbar vor der Gründung des Staates Israel waren die Verhältnisse bei einer Gesamtbevölkerung von etwa 2,1 Mio Menschen nahezu unverändert: in Palästina lebten nun #gr. zahl#650000 Juden (31%), die über 6% des Grundbesitzes verfügten. Mit der Ausrufung des Staates Israel am 14. Mai 1948 wurden mehr als #gr. zahl#750000 arabische Palästinenser, die Hälfte der arabischen Bevölkerung, vertrieben; sie flüchteten v.a. vor dem jüdischen Terror, ihr Grundbesitz fiel an den Staat Israel. In den Grenzen des jüdischen Staates verblieben nach dem Exodus 1948/49 nur noch etwa #gr. zahl#300000 Araber, eine Minderheit von 10%.

Der letzte Versuch der palästinensischen Bevölkerung, die Einwanderung der Juden in ihr Land zu verhindern, scheiterte im arabischen Aufstand von 1936 bis 1939, der von Juden und Briten gemeinsam niedergeschlagen wurde. Der Aufstand war die größte und längste Rebellion gegen die imperialistische Herrschaft Großbritanniens. Er endete in der totalen Niederlage mit kollektiver Bestrafung der palästinensischen Führung - deren Mitglieder verhaftet, getötet oder ins Exil getrieben wurden - und mit der Auflösung der palästinensischen politischen Organisationen. Das Gleichgewicht war endgültig zugunsten der jüdischen Siedler verschoben. Die Einwanderung der jüdischen Bevölkerung aus Europa nach Palästina wurde, nicht zuletzt während des Zweiten Weltkriegs, durch die britische Mandatsmacht allerdings erheblich erschwert, weil diese so der wachsenden antibritischen - und zugleich prodeutschen - Stimmung unter der arabischen Bevölkerung entgegenwirken wollte. Die Beschränkung der Einwanderung wiederum führte zu wachsender Militanz seitens der jüdischen Siedler gegen die britische Herrschaft.

Damit waren auch alle britischen Versuche gescheitert, die Palästinenser und die zionistische Führung von einer gemeinsamen Zukunft in einem gemeinsamen Staat zu überzeugen. Die Pläne David **Ben-Gurions**, des ersten Ministerpräsidenten Israels, zielten auf eine Teilung des Landes in zwei politisch getrennte Einheiten.

Die Jewish Agency for Israel legte dem Spezialkomitee der UNO für Palästina (UNSCOP), das sich nunmehr mit der Lösung des Konflikts zu beschäftigen hatte, im Mai 1947 eine Karte für einen jüdischen Staat vor, der 80% Palästinas einnehmen sollte. Die UN-Generalversammlung reduzierte diesen Anspruch mit ihrer Resolution 181 (die sog. UN-Teilungsresolution) vom November 1947 auf etwa 56% des palästinensischen Territoriums. Die Teilung Palästinas wäre ohne die Stimme der SU, die einer der entschiedensten Befürworter einer israelischen Staatsgründung war, nicht möglich gewesen. Bereits im Mai 1947 hatte Andrej **Gromyko** in einer Rede vor der UN-Generalversammlung betont: >Sie wissen, dass es in Westeuropa kein einziges Land gab, dem es gelang, das jüdische Volk gegen die Willkürakte und Gewaltmaßnahmen der Nazis zu

schützen. Die Lösung des Palästinaproblems, basierend auf der Teilung Palästinas in zwei separate Staaten, wird von grundlegender historischer Bedeutung sein, weil eine solche Entscheidung die legitimen Ansprüche des jüdischen Volkes berücksichtigt (zit.n. Lustiger 1998, 185f). Was immer das geostrategische Kalkül in der Konkurrenz mit Großbritannien gewesen sein mag, so war die Entscheidung für einen jüdischen Staat - wie bei den westlichen Großmächten - auch der Versuch zur <sup>^</sup>Wiedergutmachung<sup>^^</sup>, um das eigene Versagen angesichts der Vernichtung der Juden in Europa zu kompensieren.

Während die Zionisten den Vorschlag akzeptierten, lehnten ihn die Palästinenser ab, so wie sie eine Teilung ihres Landes seit 1918 abgelehnt hatten. Statt den beiden Völkern Frieden und Koexistenz zu bringen, erzeugte die UN-Resolution 181 Gewalt und Terror auf beiden Seiten. Es entwickelte sich ein Krieg, in den die umliegenden arabischen Staaten unmittelbar nach der Proklamation des israelischen Staates mit ihren Armeen auch offiziell eingriffen. Ungefähr zwei Monate zuvor hatte die zionistische Führung den berüchtigten Plan Dalet für die ethnische Säuberung aller Gebiete entworfen, die zum künftigen jüdischen Staat gehören sollten. Auch ein weiterer Versöhnungsversuch der UNO durch den schwedischen Diplomaten Graf Folke **Bernadotte** scheiterte im September 1948 mit dessen Ermordung.

Die UNO blieb jedoch bei ihren Forderungen zur Lösung des Konflikts: erstens die Einrichtung zweier Staaten entsprechend der demographischen Verteilung von Juden und Arabern, was allerdings eine Modifikation der UN-Resolution 181 bedeutete; zweitens die Internationalisierung Jerusalems; drittens die Rückkehr aller Flüchtlinge in ihre Heimat. Letztere wurde im Dezember 1948 von der UN-Generalversammlung mit der Resolution 194 in der Formulierung beschlossen, >dass denjenigen Flüchtlingen, die zu ihren Wohnstätten zurückkehren und in Frieden mit ihren Nachbarn leben wollen, dies [...] gestattet werden soll (Art. 11). Dies war eine der Bedingungen, die Israel für seine Aufnahme in die UNO im Mai 1949 akzeptieren musste. Auf der Friedenskonferenz in Lausanne im selben Monat forderten die arabischen Länder und die

Palästinenser die Akzeptanz dieser Bedingung als Grundlage für weitere Verhandlungen, während **Ben-Gurion** und seine Regierung es ablehnten, die Frage der Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge ernsthaft anzugehen, solange keine Einigung in allen übrigen Streitfragen (v.a. Gebietsgrenzen, Status Jerusalems, Entschädigungen) erzielt war. - Die Flüchtlingsfrage ist seitdem ungelöst. In den umliegenden arabischen Ländern lebten die palästinensischen Flüchtlinge fortan überwiegend als ^Staatenlose^^ in Flüchtlingslagern. Eine Besonderheit ist zudem, dass der Flüchtlingsstatus vererbbar ist, also nicht nur - wie sonst üblich - für diejenigen gilt, die selbst geflohen sind.

Als im Sommer 1949 die Waffenstillstandsabkommen mit den arabischen Staaten geschlossen wurden, hatte das siegreiche Israel sein Territorium um weitere 22% ausdehnen können. Der junge Staat erstreckte sich jetzt - wie in der Karte der Jewish Agency for Israel vorgesehen - über 80% des palästinensischen Territoriums. >Palästina wurde 1948 nicht geteilt<, fasst Ilan **Pappe** zusammen, >es wurde zerstört und die meisten seiner Menschen wurden vertrieben< (2010/2013, 415), und >das Hauptziel war die ethnische Säuberung aller Teile Palästinas, die [die Zionisten] für ihren neuen Staat haben wollten, und der Krieg wurde anschließend zur Verschleierung geführt<, um die >Vertreibung des Großteils der einheimischen Bevölkerung< als dessen tragische, aber unvermeidliche Folge erscheinen zu lassen (429). Es handelt sich demnach um einen Siedlerkolonialismus, wie ihn Frankreich v.a. in Algerien betrieb und wie er sich auch beim portugiesischen Kolonialismus findet. Die Verachtung der autochthonen Bevölkerung wird nicht nur in der Behauptung **Ben-Gurions** deutlich, die ersten Einwanderer seien >in ein menschenleeres, hier und dort mit elenden Hütten bebauten Land< gekommen (1971, 124), sondern auch in der Bemerkung von Ministerpräsident Jitzchak **Schamir**, der die Araber als >Heuschrecken< bezeichnete (zit.n. Chomsky 1983/2002, 245; vgl. **Gresh** 2002, 72ff).

3. *Arabische Schwäche und Widerstand der palästinensischen Bevölkerung.* - Der verbreitete Vorwurf an die arabischen

Nachbarstaaten, einerseits durch die mangelnde Integration der Flüchtlingsmassen nach 1948 und 1967 den Konflikt am Leben zu erhalten, andererseits die palästinensische Bevölkerung in ihren gerechten und völkerrechtlich begründeten Forderungen gegenüber Israel im Stich zu lassen, zeigt das verzweigte Wurzelwerk des N, das die ganze arabische Welt des Nahen Ostens durchzieht. Die mangelnde arabische Einheit und die innerarabischen Machtkämpfe boten den Vertriebenen keine Basis für den Aufbau einer eigenständigen politischen Struktur. Das in der UN-Teilungsresolution für den palästinensischen Staat vorgesehene Gebiet eignete sich zum Teil Israel an, der Rest fiel an das damalige Transjordanien von König **Abdallah** I. Den Gazastreifen übernahm Ägypten. So stark auch die Unterstützung der Palästinenser in der arabischen Öffentlichkeit war und so sehr von diesen wiederum die Strategie des panarabischen Nationalismus unterstützt wurde, da sie nur in der arabischen Einheit die Befreiung Palästinas für möglich hielten - die Zerstrittenheit der arabischen Nachbarn verhinderte jede wirksame Rückendeckung für die palästinensischen Forderungen.

Die Schwäche der arabischen Staaten resultierte zum einen aus ihren weitgehend feudalen Gesellschaftsstrukturen und antidemokratischen politischen Herrschaftsverhältnissen, zum anderen aus der Abhängigkeit von den Staaten des ^Westens^^, die sich mit ihrem Griff nach den fossilen Ressourcen zugleich die Vasallität der arabischen Herrscherhäuser sicherten. Erst 1959 gelang es Jassir **Arafat**, einen Teil der palästinensischen Bewegung in der Organisation Fatah (rückwärts zu lesendes Akronym von *ḥarakat at-taḥrīr al-waṭanī al-filastīnī*, >Bewegung zur nationalen Befreiung Palästinas<) zusammenzufassen und auf das Ziel der Befreiung von der >zionistischen Okkupation< festzulegen.

Die Niederlage der arabischen Armeen im Sechstagekrieg von 1967 machte nicht nur die Schwäche des arabischen Militärs, sondern auch der politischen Verfassung dieser Staaten deutlich. Jordanien und Ägypten waren prinzipiell bereit, Frieden mit Israel zu schließen, ohne damit eine Perspektive für die Lösung der palästinensischen Frage zu eröffnen. Im Gegenteil, sie sahen die

Präsenz der palästinensischen Flüchtlinge und ihrer Organisationen als Gefahr für ihre eigene Herrschaft an, was zur Vertreibung aus Jordanien (1970) und dem Libanon (1982) führte. Die PLO musste daraufhin 1982 nach Tunis ins Exil ausweichen. Die Palästinenser suchten ihre Unterlegenheit durch Terroraktivitäten zu kompensieren, wodurch ihre berechtigten Forderungen in der öffentlichen Wahrnehmung der westlichen Länder verdrängt und diskreditiert wurden.

In den besetzten Gebieten führte die tägliche Realität der Siedlergewalt, der Landenteignungen und Zerstörungen nicht nur zum Ausbruch auch palästinensischer Gewalt, sondern ließ auch das arabisch-palästinensische Nationalbewusstsein wieder aufleben und stärkte den Willen zum Kampf um Rückkehr und Wiederaufbau der eigenen Gesellschaft. Die weitverbreitete, z.B. von Israels Ministerpräsidentin Golda **Meir** 1969 formulierte Auffassung, es habe >niemals ein palästinensisches Volk gegeben< (zit.n. Khalidi 1972, 7), verkennt zweierlei. Zum einen konnte es in einer feudalen, großagrarisches strukturierten Gesellschaft wie der unter osmanischer Herrschaft, in der sich erst rudimentäre Ansätze einer eigenen Bourgeoisie entwickelten, kein voll entfaltetes Nationalbewusstsein geben. Palästina war bis zu seiner Unterstellung unter das britische Mandat Teil des großsyrischen Raums. Seine Bevölkerung hatte jedoch schon damals durchaus ein Bewusstsein von ihrer arabisch-palästinensischen Identität. Mit der Ablösung der osmanischen durch die britische Kolonialherrschaft 1918 schärfte sich dieses Bewusstsein und nahm im Kampf gegen die zionistische Besiedlung den Charakter einer nationalen Befreiungsbewegung an. So konnte die von US-Präsident Woodrow **Wilson** entsandte King-Crane-Kommission auf ihrer Erkundungsmission schon 1919 feststellen, dass nahezu 90% der Gesamtbevölkerung leidenschaftlich gegen das zionistische Projekt opponierten (vgl. **Chomsky** 1983/2002, 31). Zum anderen stand am Anfang des palästinensischen Nationalbewusstseins nicht das Ziel eines eigenen Staates, sondern die Befreiung von der Fremdherrschaft und der permanenten Drohung, vertrieben zu werden. Erst die UNO mit ihrer Teilungsresolution und die Gründung des separaten Staates Israel haben diesem auf Befreiung zielenden

Bewusstsein die nationale Richtung auf einen eigenen Staat gegeben.

Der Zusammenschluss der Widerstandsgruppen Fatah, Demokratische Front zur Befreiung Palästinas, Volksfront zur Befreiung Palästinas, Saiqa usw. in einer gemeinsamen Organisation, der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), hat den Befreiungsgedanken im Nationalbewusstsein wieder gestärkt und zum dominanten Faktor gemacht. Die PLO wurde im Juni 1964 - auf Initiative des ägyptischen Staatspräsidenten Gamal Abdel **Nasser** auf der Gipfelkonferenz der Arabischen Liga ein paar Monate zuvor - in Jerusalem gegründet, vornehmlich um eine palästinensische Vertretung im Rahmen einer panarabischen Bewegung zu schaffen. Die PLO und damit die Befreiung der Palästinenser war also ein gesamtarabisches Anliegen und nicht auf das Verhältnis der Palästinenser zu Israel begrenzt. Unter der Führung von **Arafat**, der die PLO von 1969 bis zu seinem Tod 2004 leitete, trat die Errichtung eines palästinensischen Staates wieder in den Vordergrund.

Diese Entwicklung wurde durch die Niederlage der arabischen Staaten im Sechstagekrieg und die anschließende Okkupation ganz Jerusalems, des Westjordanlands (Westbank) und des Gazastreifens begünstigt. Der Widerstand erhielt mit der Befreiungsbewegung Massencharakter und führte zur Einigung der verschiedenen Widerstandsgruppen. Die *Palästinensische Nationalcharta* von 1968 proklamiert das Ziel der Befreiung Palästinas und orientiert dabei auf den >bewaffneten Kampf<, der die Vereinigung >der palästinensischen Massen< in einer >Volksfront< erfordere (Art. 8); zugleich bezeichnet sie die Teilung Palästinas 1947 und die Schaffung des Staates Israel als >völlig illegal< (Art. 19) und die >Methoden< des Zionismus als >faschistisch< (Art. 22). Der Palästinensische Nationalrat, das oberste legislative Organ der PLO, formuliert in der politischen Abschlusserklärung seiner fünften Sitzung 1969 in Kairo die Errichtung >einer freien und demokratischen Gesellschaft in Palästina für alle Palästinenser, darunter Muslime, Christen und Juden<, als >Ziel des palästinensischen Volks<.

Schon bald begann die PLO - neben ihren Guerillaaktionen - mit dem Ausbau eigener Sozialeinrichtungen zum Schutz der Flüchtlingslager, schuf medizinische Einrichtungen, Schulen und Produktionsstätten und gründete Massenorganisationen wie Gewerkschaften und Studierendenverbände zur Aktivierung und Betreuung der Bevölkerung in den Flüchtlingslagern. Doch diese Aktivitäten provozierten nicht nur eine härtere Repression seitens der israelischen Behörden. Sie wurden vielmehr von den arabischen Regimen derart als Bedrohung wahrgenommen, dass König **Hussein I.** im sog. Schwarzen September 1970 (mit #gr. zahl#20000 Toten) die PLO aus Jordanien vertrieb, weil er deren Machtübernahme im eigenen Land fürchtete. Von der israelischen Armee wurde sie 1982 aus dem Libanon vertrieben - begleitet vom Massaker christlicher Milizen unter den Augen der israelischen Armee in den palästinensischen Flüchtlingslagern Sabra und Schatila in West-Beirut - und musste sich nach Tunis zurückziehen. Es hatte ihr nichts genützt, dass ihr 1974 als erster Befreiungsorganisation ein Beobachterstatus in der UNO eingeräumt und ihr bewaffneter Kampf als legitimes Mittel zur Wiedererlangung ihrer Rechte anerkannt wurde (**Paech/Stuby** 1982, 1118).

Zuvor hatte Israel den Jom-Kippur-Krieg von 1973 gewonnen, der mit einem Überraschungsangriff durch Ägypten und Syrien begann. Der Krieg - nebenbei Auslöser der ersten Ölkrise 1973 - brachte Israel große militärische Verluste und erschütterte seine militärische Siegesgewissheit; auf arabischer Seite stärkte er trotz der Niederlage das Selbstbewusstsein.

4. *Vergebliche Versuche einer Verhandlungslösung.* - Der 1979 abgeschlossene ägyptisch-israelische Friedensvertrag brachte zwar den Abzug der israelischen Truppen von der Sinai-Halbinsel, den Palästinensern aber nicht den Frieden. Die schweren militärischen Niederlagen der PLO konnten den Widerstand der palästinensischen Bevölkerung gegen den Landraub und die Ausdehnung der jüdischen Siedlungen nicht brechen. Er eskalierte 1987 in der Ersten Intifada, dem sog. Krieg der Steine, einem bis 1993 anhaltenden gewalttätigen Aufstand der Palästinenser, der die Stellung der PLO

wieder stärkte und bei den Israelis die kategorische Ablehnung von Verhandlungen mit **Arafat** lockerte. Die Friedensverhandlungen, die 1991 mit der Konferenz in Madrid begannen, 1993 in Oslo mit einer Prinzipienklärung fortgeführt und 1994 mit der Unterzeichnung des Gaza-Jericho-Abkommens durch Jitzchak **Rabin** und **Arafat** abgeschlossen wurden, verliefen aber so, wie der spätere israelische Außenminister Schlomo **Ben-Ami** sie charakterisiert hat, nämlich in der Perspektive >einer permanenten neokolonialen Abhängigkeit in den besetzten Gebieten [...], bei der den Palästinensern ein gewisses Maß an örtlicher Autonomie zugestanden werden sollte< (zit.n. Gehrcke u.a. 2009, 171).

Die Skepsis der palästinensischen Bevölkerung und eines Großteils der internationalen Beobachter bewahrheitete sich. Der einzige greifbare Fortschritt des Gaza-Jericho-Abkommens gegenüber der Genfer Friedenskonferenz von 1973 nach dem Jom-Kippur-Krieg und den Vereinbarungen von Camp David von 1978 war die Beteiligung der PLO, die bis dahin von allen Verhandlungen ausgeschlossen war. Die im Rahmen des Gaza-Jericho-Abkommens eingerichtete Palästinensische Autonomiebehörde (Palestinian Authority, PA), die auch schon in Camp David Gegenstand der Überlegungen war, sollte v.a. die israelische Kontrolle Palästinas erleichtern, nicht aber die Errichtung eines palästinensischen Staates vorbereiten, wie er von der UNO in der Teilungsresolution vorgesehen war. Die PLO verpflichtete sich, die Vernichtung Israels als Ziel aus ihrer Charta zu streichen. Die entscheidenden Themen wie der Status Jerusalems, die Flüchtlingsfrage und die Siedlungen im Westjordanland blieben in dem Abkommen ausgespart. Auf seiner 21. Sitzung im April 1996 in Gaza beschloss der Palästinensische Nationalrat eine Änderung der Charta, wonach alle Artikel, >die mit dem Friedensprozess nicht zu vereinen sind<, gestrichen werden sollten. Der Rechtsausschuss des Nationalrats wurde beauftragt, eine neue Charta zu erarbeiten, die dann vom etwa 100-köpfigen Zentralrat bestätigt werden muss. Bisher ist allerdings noch kein neuer Entwurf vorgelegt worden.

Auch auf den späteren Konferenzen - z.B. Oslo II (1995), Wye (1998), Camp David II (2000), Taba (2001) oder Annapolis (2007) -

konnten keine Fortschritte zu einem eigenen palästinensischen Staat erreicht werden. Die Verhandlungen scheiterten nicht nur an der unveränderten Ablehnung aller israelischen Regierungen, die wesentlichen Forderungen der UN-Resolutionen 194 (Rückkehr der Flüchtlinge) und 242 (Rückzug aus den 1967 eroberten Gebieten) zu erfüllen, sondern auch an den strategischen Interessen der USA, die als einzige dritte Kraft immer mit am Verhandlungstisch saßen. Während die USA bis Ende der 1960er Jahre die UN-Resolution 242 unterstützten, um auf diplomatischem Wege eine Friedenslösung herbeizuführen, kam es zu einem grundsätzlichen Strategiewechsel, als 1970 die Spannungen zwischen Israel und den arabischen Staaten zunahmen und Ägypten sich erfolgreich mit der Bitte um militärische Unterstützung an die SU wandte. Diese Annäherung zwischen Ägypten und der SU, die schon 1956 während der Suezkrise eine wesentliche Rolle gespielt hatte, verlieh dem N eine neue Qualität als Stellvertreter-Konflikt im Kalten Krieg. Henry **Kissinger** gelang es daraufhin als Sicherheitsberater von US-Präsident Richard **Nixon**, die US-Nahost-Politik auf den Schulterabschluss mit Israel umzustellen (**Kissinger** 1979, 659ff). Damit haben sich die USA derart in die Abhängigkeit der israelischen Verweigerungshaltung begeben, dass alle von ihnen selbst initiierten ^Friedensprozesse^^, ob Konferenzen oder diplomatische Missionen, scheitern mussten. Sie haben alle militärischen Angriffe Israels gegen die Palästinenser oder seine arabischen Nachbarn - etwa auf einen irakischen Atomreaktor in Tuwaitha 1981 und die Bauanfänge eines Atomreaktors in Syrien 2007, auf den Libanon 1978, 1982, 1993, 2000 und 2006 und auf Gaza 2008/09, 2012 und 2014 sowie permanent mit Drohnen auf die Zivilbevölkerung in Gaza - gebilligt und Israel im UN-Sicherheitsrat gegen Verurteilungen und Sanktionen abgeschirmt. Auf Druck der israelischen Regierung wurden sowohl die arabischen Staaten als auch die SU und die UNO von den Verhandlungen zur Lösung des Konflikts ferngehalten.

5. *Palästinensische Spaltung: Fatah und Hamas.* - Spätestens seit dem Wahlsieg der Hamas (Akronym von *ḥarakat al-muqāwama al-*

*islāmiya*, >Bewegung des islamischen Widerstands<) im Januar 2006 hat sich die Spaltung der palästinensischen Gesellschaft über die territoriale Trennung zwischen Westjordanland und Gazastreifen hinaus zu einer tiefen Rivalität der beiden politischen Kräfte und Polarisierung ihrer gesellschaftlichen Konzepte ausgeweitet. Die israelische Regierung hat diese Spaltung gefördert, z.B. durch die anfangs wohlwollende Duldung der Hamas, um Fatah und PLO zu schwächen (**Croitoru** 2007, 31; **Baumgarten** 2013, 64f).

Bis zur Gründung der Hamas in Gaza im Dezember 1987 war die Fatah die dominante Bewegung im Kampf gegen die israelische Besatzung. Seit der ersten Guerilla-Aktion 1965 galt der bewaffnete Kampf als >der einzige Weg zur Befreiung Palästinas<, wie es in Art. 9 der *Palästinensischen Nationalcharta* von 1968 heißt. Erst 1988, mit der Proklamation des palästinensischen Staates, änderte sie ihre Strategie, die nunmehr auf eine politische Lösung zielte und >einen historischen Verzicht der Palästinenser auf den größten Teil ihrer historischen Heimat mit einschloss< (**Baumgarten** 2013, 43) sowie eine Zwei-Staaten-Lösung in Koexistenz mit Israel akzeptierte. Die Fatah verstand sich als antikoloniale Befreiungsbewegung mit einer nationalen Ideologie, die die Errichtung eines palästinensischen anstelle des israelischen Staates zum letztlichen Ziel erklärte. Damit unterschied sie sich von der Volksfront zur Befreiung Palästinas des George **Habasch**, der es um die revolutionäre Umwälzung der ganzen arabischen Region ging. Obwohl alle Proklamationen der Fatah mit der üblichen Formel >Im Namen Gottes, des Erbarmers, des Barmherzigen< beginnen, fehlt ihr eine ausdrücklich islamische Ausrichtung (**Johnson** 1982, 83 u. 93f). Ihrem Programm zufolge soll ein demokratischer Staat Palästina religiöse Offenheit und Toleranz gegenüber anderen Glaubensrichtungen üben.

In dieser relativen Distanz zur Religion liegt der größte ideologische Unterschied zur Hamas, die aus den Reihen der Muslimbruderschaft gegründet wurde. Sie konnte auf den Strukturen der schon seit 1946 in Palästina aktiven Muslimbruderschaft aufbauen, die ihre Verbreitung und ihren Erfolg ihren sozialen Aktivitäten, den Projekten im Bildungsbereich und v.a. dem Bau von

Moscheen in den Jahren nach 1967 verdankte. Auslösendes Moment für die Gründung der Hamas war die Intifada, die die Muslimbrüder veranlasste, von den bislang eher sozialen und religiösen Aktivitäten zur politischen Aktion überzugehen. Im Gegensatz zur Fatah enthält ihr Streit mit den Juden um Jerusalem und den Tempelberg, als dem im Koran genannten Ort der Anbetung, eindeutig antisemitische Züge. So etwa, wenn sie in ihrer 1988 veröffentlichten *Gründungscharta* den zionistischen Eroberungsplan aus den sog. >Protokollen der Weisen von Zion< ableitet (Art. 32). Schon vor der Gründung der Hamas hatten die Muslimbrüder begonnen, im Untergrund den bewaffneten Widerstand gegen die Besatzung zu organisieren und erste bewaffnete Zellen einzurichten. Als König **Hussein** I. im Juli 1988 Jordaniens Souveränitätsansprüche auf Jerusalem und das Westjordanland aufgab, stellte sich die Hamas mit einem religiös-nationalistischen Programm, das sich ausschließlich an Muslime richtete, offen gegen die alle politischen und religiösen Richtungen ansprechende Programmatik der Fatah. In ihrer *Gründungscharta* wird die Forderung, die Besatzung zu bekämpfen und ganz Palästina zu befreien, als religiöses Gebot formuliert. Dieses maximalistische Programm fand angesichts der Erfolglosigkeit von Fatah und PLO in der palästinensischen Gesellschaft positive Resonanz, die sich dann in den Wahlsieg 2006 umsetzte. Helga **Baumgarten** macht zu Recht darauf aufmerksam, dass die religiös-nationalistische Perspektive eines islamischen Palästina, dessen territoriale Einheit kein Muslim aufgeben dürfe, sich spiegelbildlich in der religiös-nationalistischen Ideologie der jüdischen Siedler unter umgekehrten Vorzeichen wiederfindet (2013, 73).

Prägte noch in den 1990er Jahren der Widerspruch zwischen dem Zwei-Staaten-Kompromiss der Fatah durch Verhandlungen und der Ein-Staat-Lösung der Hamas durch bewaffneten Widerstand den Konflikt zwischen den beiden Organisationen, so änderte sich das Bild nach der Zweiten Intifada ab 2000 in Vorbereitung auf die Wahlen 2006. Bei der Hamas setzte sich allmählich die pragmatische Variante des Zwei-Staaten-Kompromisses durch, allerdings ohne Israel anzuerkennen und ohne die Option des bewaffneten Widerstands

aufzugeben, die auch bei der Fatah mit der Formel des >bewaffneten Kampfs< fortbestand. Die Hamas trat 2006 überraschend zu den Wahlen an und gewann ebenso überraschend. Obwohl diese Wahlen von den westlichen Staaten gefordert worden waren und als frei und fair beurteilt wurden, erkannten sie das Wahlergebnis nicht an. Israel verschärfte gegen jedes Völkerrecht seine Blockade und verwandelte den Gazastreifen in das, was heute international als >Freiluftgefängnis< bezeichnet wird (**Anderson** 2015, 8). Obwohl aus der Hamas nach dem Sieg nur Stimmen einer gemäßigten Politik kamen und der Wahlsieger Ismail **Haniyya** eine >Regierung der nationalen Einheit< anstrebte, konnte die Hamas die internationale Isolierung nicht durchbrechen und musste die Regierung aus den eigenen Reihen bilden. Der UN-Sondergesandte für den Nahost-Friedensprozess, **Álvaro de Soto**, erklärt die Hintergründe dieser Blockadepolitik in seinem vertraulichen Abschlussbericht mit der Forderung der USA, die Trennlinie zwischen der Hamas und den palästinensischen politischen Kräften, die eine Zwei-Staaten-Lösung befürworteten, nicht zu verwischen (2007, 21, Punkt 55). Die Konfrontation zwischen Fatah und Hamas, offensichtlich durch die USA massiv gefördert (Punkt 56f), eskalierte bis zum Krieg im Juni 2007, der mit einer vernichtenden Niederlage der Fatah endete und die Trennung der besetzten Gebiete in eine von der Hamas (Gazastreifen) und eine von der Palästinensischen Autonomiebehörde/Fatah (Westjordanland) verwaltete Enklave unter israelischer Kontrolle besiegelte.

6. *Zwei-Staaten-Lösung der UNO und ihre Krise.* - Die UNO stand an der Wiege des israelischen Staates, obwohl sich seine Geburt nicht nach ihren Regeln vollzog. Ihre Teilungsresolution von 1947 war nur ein Vorschlag, der von den Palästinensern abgelehnt (**Paech** 1998, 604ff), von **Ben-Gurion** jedoch als ausreichende Legitimation angesehen wurde, ein halbes Jahr später einseitig die Staatsgründung zu proklamieren. Die großen Mächte, an ihrer Spitze die SU, akzeptierten sofort die Aufnahme in die UNO, machten sie allerdings davon abhängig, dass der neue Staat das Rückkehrrecht der palästinensischen Flüchtlinge anerkannte, welches die UN-

Generalversammlung in Resolution 194 postuliert hatte. Die nächsten Herausforderungen der UNO kamen mit der Suezkrise 1956 und dem Sechstagekrieg 1967. Die UN-Generalversammlung verurteilte sowohl den Überfall auf Ägypten und die Besetzung der Suezkanalzone 1956 als auch die Eroberung von Westjordanland, Golanhöhen und Gazastreifen 1967 und verlangte den Rückzug. Doch konnte sie den Rückzug mit Hilfe der USA und der SU nur aus Ägypten durchsetzen, aus dem Gazastreifen zog sich Israel erst 2006 zurück. In den folgenden Jahren drang die UN-Generalversammlung immer wieder darauf, >Verhandlungen unter geeigneter Schirmherrschaft mit dem Ziel aufzunehmen, einen gerechten Frieden im Nahen Osten herzustellen< (Resolution 338 vom 22.10.1973), wurde jedoch selbst aus den Verhandlungen herausgehalten.

2003 beauftragte die UN-Generalversammlung den Internationalen Gerichtshof, ein Gutachten über den von Israel errichteten Sperrzaun entlang der ^Grünen Linie^^ zu den besetzten Gebieten zu erstellen. Da der Sperrzaun zu etwa 80% auf palästinensischem Territorium verlaufen sollte, teilweise Ortschaften, Gärten und Pflanzungen ab- und zerschnitt, kam der Gerichtshof 2004 zu der Entscheidung, dass der Bau auf palästinensischem Gebiet völkerrechtswidrig sei und der Zaun daher auf israelisches Territorium zurückzubauen und die Betroffenen zu entschädigen seien.

Die Resolutionen der UN-Generalversammlung, die die Entstehung zweier gleichberechtigter souveräner Staaten auf dem Territorium Palästinas fordern, sollten die Grundlage für die offizielle Politik sowohl Israels als auch der PLO sein. Dies war der Vorschlag der UN-Teilungsresolution, der nach wie vor auch von den meisten in den Konflikt involvierten Staaten offiziell vertreten wird. Doch hat die Siedlungspolitik Israels die territorialen Voraussetzungen für die Errichtung eines palästinensischen Staates soweit unterminiert, dass die Zwei-Staaten-Lösung in der öffentlichen Diskussion weitgehend als unrealistisch verworfen wird. Auch die USA rückten unter Präsident Trump offiziell davon ab. Der erklärte Wille aller israelischen Regierungen, auf die

einmal errichteten Siedlungen - unter offener Verletzung des Siedlungsverbots von Art. 49 des *Genfer Abkommens IV* von 1949 - nicht zu verzichten, lässt diese Lösung immer unwahrscheinlicher werden, es sei denn, die Siedler würden mit Gewalt vertrieben werden.

Deshalb hat die Ein-Staat-Lösung immer mehr Unterstützung in der öffentlichen Diskussion gefunden (**Anderson** 2015, 21ff). Nach einer Umfrage im September 2015 befürworteten 51% der palästinensischen Bevölkerung einen binationalen Staat, der auch bei jüdischen Autoren (**Judt** 2003; **Davis** 2010/2013, 399-403; **Pappe** 2010/2013, 423-26) Anhänger findet. Selbst in den USA, den entschiedensten Unterstützern der israelischen Politik, wird in der offiziellen Zeitschrift *Foreign Affairs* die Abkehr von der Zwei-Staaten-Lösung gefordert und die Durchsetzung von Sanktionen und Kürzung finanzieller Hilfen gegenüber Israel empfohlen (**Barnett** u.a. 2023). Für israelische Linke und Marxisten ergibt sich hieraus eine schwierige Situation. Uri **Avnery** hält die Idee des binationalen Staates zwar für verlockend, aber ohne realistische Chance, denn ein Juden und muslimische Araber umfassender Staat bedeute das Ende des jüdischen Staates: >Die Juden würden zu der traumatischen Erfahrung zurückkehren, ein Volk ohne eigenen Staat zu sein [...]. Das ist nicht sehr wahrscheinlich< (2003, 207). Gefangen in dem >Dilemma< zwischen der >Gefahr eines Bürgerkriegs bei Rückgabe der besetzten Gebiete< auf der einen und der Aufgabe des *jüdischen* Staates aufgrund einer >objektiv sich herausbildenden binationalen Struktur< auf der anderen Seite, plädiert Moshe **Zuckermann** grundsätzlich für die Trennung in zwei Staaten und Rückgabe der von den Siedlern in Besitz genommenen Gebiete, selbst bei Gefahr eines Bürgerkriegs, den er dann für unvermeidbar hält (2009, 141).

Moshe **Machover** hingegen hält aus sozialistischer Perspektive beide Optionen - ein oder zwei Staaten - für falsch. Er setzt langfristig auf die Veränderung der sozial-ökonomischen und politischen Machtverhältnisse in der Region und die nationale Einigung der Araber, die zu verhindern ein Eckpfeiler der Strategie Israels sei (2013, 429ff). Dies allein würde die

Ungleichheit des Kräfteverhältnisses aufheben mit der Perspektive, >dass beide nationalen Gruppen als Mitglieder einer Föderation dem gleichen Staat angehören werden< (445). Eine >Konföderation der Staaten im Nahen Osten aus den arabischen Ländern und Israel< propagierte 1967 schon Nahum **Goldmann** (1969, 359); sie verspräche auch Isaac **Deutscher** zufolge dem jüdischen Volk mehr Sicherheit als der exklusiv jüdische Nationalstaat, in dem er >eine weitere jüdische Tragödie< erkennt (1968/1977, 74). Dem palästinensischen Volk stellt sich die Frage, was realistischer ist: Israel die besetzten Gebiete zu entreißen und die Siedler in ihr Land zurückzuschicken oder Israel zur Aufgabe der jüdischen Ausschließlichkeit zu zwingen und den neuen Staat der Juden und Araber zu demokratisieren?

7. *Deutschland und der N.* - Das Verhältnis der Bundesrepublik zu Israel war zunächst geprägt durch die Frage der sog. Wiedergutmachung. Der Auftakt erfolgte 1952 mit dem *Luxemburger Abkommen*, das eine Entschädigung von 3 Mrd DM vorsah und von Bundeskanzler Konrad **Adenauer**, dem israelischen Außenminister Mosche **Scharet** und dem Vorsitzenden der Jewish Claims Conference Nahum **Goldmann** unterzeichnet wurde. Zahlreiche Abgeordnete der christlich-liberalen Koalition lehnten das Abkommen ab, sodass es nur mit den Stimmen der Sozialdemokratie eine Mehrheit im Bundestag finden konnte. Die Unterstützung Israels fand bis 1967 in der SPD ihren größten Rückhalt. Dieser bröckelte erst, als das Schicksal der Palästinenser unter der israelischen Besatzung stärker ins Blickfeld der bundesdeutschen Gesellschaft trat. Die Diskussionen polarisierten sich in dem Maße, in dem sich die Friedenskonferenzen von Oslo (1993) bis Annapolis (2007) als Fehlschläge erwiesen, Gewalt und Zerstörung im Besatzungsalltag eine immer stärkere Rolle spielten und mehrere Kriege (2008/09, 2012 und 2014) für die palästinensische Bevölkerung im Gazastreifen (vgl. **Baumgarten** 2021, Kap. V) verheerende Folgen zeitigten.

Auch die SED hatte die Gründung des israelischen Staates eingedenk der Geschichte von Auschwitz begrüßt. Doch nach der Abwendung der

SU von Israel änderte auch die DDR ihre Politik. Während die Bundesrepublik 1965 diplomatische Beziehungen zu Israel aufnahm, konnte die DDR in einigen arabischen Staaten diplomatische Vertretungen errichten und entwickelte enge Beziehungen zur PLO. Zusammen mit der SU stimmte die DDR 1975 für die Resolution 3379 der UN-Generalversammlung, die den Zionismus als eine Form des Rassismus und der Rassendiskriminierung bezeichnet und Israel in eine Reihe mit Südafrika und Rhodesien stellt.

Die Kritik an der israelischen Politik steht in Deutschland unter der ^Hypothek^^ der eigenen Geschichte, aufgrund derer, wenn nicht das Verbot, so doch äußerste Zurückhaltung mit Kritik gefordert wird. Verstärkt seit den 1990er Jahren wird in Deutschland - ebenso wie in Israel und den USA - von Apologeten der israelischen Politik versucht, die Kritik an letzterer und der ihrer Hauptstütze, den USA, mit dem Vorwurf des Antisemitismus zum Schweigen zu bringen, nicht zuletzt durch die marginale, aber sehr aktive Gruppierung der sog. Antideutschen. Der Vorwurf des Antisemitismus wird dabei als >politische Waffe< (**Finkelstein** 2005) bzw. >Herrschaftsinstrument< (**Zuckermann** 2010) eingesetzt, mit dem nicht nur die Kritiker gesellschaftlich diskreditiert werden, sondern der Begriff Antisemitismus auch seiner historischen Bedeutung, politischen Funktion und analytischen Schärfe beraubt wird.

Die zunehmende Gewalt der Siedler gegenüber ihren palästinensischen Nachbarn sowie die oft tödlichen Razzien der israelischen Streitkräfte in den Städten und Lagern haben die soziale Lage und die menschenrechtliche Situation in den besetzten Gebieten derart verschlechtert (vgl. **Groth** u.a. 2017), dass der UN-Menschenrechtsrat seit 1993 eine Reihe von Sonderberichterstattern beauftragt hat, die Lage der Menschenrechte in den besetzten Gebieten zu untersuchen. Sie kamen mit erschreckenden Ergebnissen zurück und berichteten übereinstimmend von schweren und andauernden Verletzungen der Menschenrechte (**Paech** 2019, 145-59), einem System der Apartheid, welches Sonderberichterstatter John **Dugard** zufolge schlimmere Auswirkungen auf die Menschen in den besetzten Gebieten hat als

seinerzeit in Südafrika (ref.n. Paech 2019, 146). Der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag hat 2021 Untersuchungen wegen möglicher Kriegsverbrechen während des militärischen Überfalls auf Gaza im Sommer 2014 und der Siedlungspolitik im Westjordanland aufgenommen. Es ist offensichtlich, dass der drohende Zusammenbruch des Rechtsstaats, verursacht durch die geplante Justizreform von 2023 der mit rassistischen und faschistischen Elementen durchgezogenen Regierungskoalition unter Benjamin **Netanjahu**, eine lange vorhersehbare Rückwirkung der sich zuspitzenden Gewalt der Besatzung und der immer unerträglicher werdenden Herrschaft über ein Nachbarvolk ist. Die Angst der israelischen Juden um die Existenz ihres Staates findet ihre Berechtigung nicht in der Bedrohung von außen (zur Konstruktion letzterer als >Mythos< seit den frühen 1950er Jahren vgl. **Rokach** 1980/2011, 29ff), sondern im unübersehbaren Verfall von Moral und Institutionen im Innern.

**Bibliographie:** T.**Amar-Dahl**, *Das zionistische Israel. Jüdischer Nationalismus und die Geschichte des Nahostkonflikts*, Paderborn u.a. 2012; P.**Anderson**, >Editorial. The House of Zion<, in: *NLR* 96, 56. Jg., 2015, H. 6, 5-37; U.**Avnery**, *Ein Leben für den Frieden. Klartexte über Israel und Palästina*, Vorw. v. S.Farhat-Naser, a.d. Engl. v. E.Rohlf's u.a., Heidelberg 2003; M.**Barnett**, N.**Brown**, M.**Lynch** u. S.**Telhami**, >Israel's One-State Reality. It's Time to Give Up on the Two-State Solution<, in: *Foreign Affairs*, 102. Jg., 2023, H. 3 (www); H.**Baumgarten**, *Kampf um Palästina - Was wollen Hamas und Fatah?*, Freiburg 2013; dies., *Kein Frieden für Palästina. Der lange Krieg gegen Gaza. Besatzung und Widerstand*, Wien 2021; D.**Ben-Gurion**, *Erinnerung und Vermächtnis* (1970), hgg. v. Th.R.Bransten, a.d. Engl. v. G.Danehl, Frankfurt/M 1971; Th.**Bergmann**, *Der 100-jährige Krieg um Israel. Eine internationalistische Position zum Nahostkonflikt*, Hamburg 2011; M.**Buber**, *Ein Land und zwei Völker. Zur jüdisch-arabischen Frage* (1983), hgg. und eingel. v. P.R.Mendes-Flohr, Frankfurt/M 1993; N.**Chomsky**, *Offene Wunde Nahost. Israel, die Palästinenser und die US-Politik* (*Fateful Triangle*, 1983, aktual. A. 1999), a.d. Amer. v. M.Haupt, Hamburg-Wien 2002; J.**Croitoru**, *Hamas. Der islamische Kampf um Palästina*, München 2007; U.**Davis**, >Die Kolonialherren im geographischen Palästina beim Namen genannt. Begriffliche und politische Dilemmas und ihre mögliche Lösung<, in: Pappe/Hilal 2010/2013, 389-404; I.**Deutscher**, *Die ungelöste Judenfrage. Zur Dialektik von Antisemitismus und Zionismus* (1968), Nachw. u. a.d. Engl. v. E.Geisel u. M.Offenberg, Berlin/W 1977; N.G.**Finkelstein**, *Antisemitismus als politische Waffe. Israel, Amerika und der Missbrauch der Geschichte* (*Beyond Chutzpah. On the Misuse of Anti-Semitism and the Abuse of History*, 2005), Vorw. v. F.Langer, a.d.

Amer. v. M.Hackmann, München-Zürich 2006; E.Fried, >Die israelische Tragödie<, in: konkret 21, 17. Jg., 1973, 46f; W.Gehrcke, J.v.Freyberg u. H.Grünberg, *Die deutsche Linke, der Zionismus und der Nahost-Konflikt. Eine notwendige Debatte*, Köln 2009; N.Goldmann, >Pour une solution confédérale<, in: *Les Temps Modernes* 253: *Le conflit israélo-arabe*, hgg. v. J.-P.Sartre, 22. Jg., 1967, 691-701 (dt. >Für eine konföderale Lösung<, in: *Der israelisch-arabische Konflikt*, hgg. v. H.Abosch, Vorw. v. J.-P.Sartre, a.d. Frz. v. M.Wolf, Darmstadt 1969, 349-61); A.Gresh, *Israel-Palästina. Die Hintergründe eines unendlichen Konflikts (Palestine: Vérités sur un conflit*, 2001), Zürich 2002; A.Groth, N.Paech u. R.Falk (Hg.), *Palästina - Vertreibung, Krieg und Besatzung. Wie der Konflikt die Demokratie untergräbt*, Köln 2017; Th.Herzl, *Tagebücher. 1895-1904*, 3 Bde., Berlin 1922-23; ders., *Der Judenstaat. Versuch einer modernen Lösung der Judenfrage* (1896), Zürich 2006; M.Hess, *Rom und Jerusalem, die letzte Nationalitätsfrage. Briefe und Noten*, Leipzig 1862; W.Z.Jabotinsky, >Die eiserne Wand (Wir und die Araber)<, in: *Menorah. Jüdisches Familienblatt für Wissenschaft, Kunst und Literatur*, 1. Jg., 1923, H. 5, 1-3 (engl. >The Iron Wall<, in: *The Jewish Herald*, Johannesburg, 26.11.1937); N.Johnson, *Islam and the Politics of Meaning in Palestinian Nationalism*, London-Boston 1982; T.Judd, >Israel: The Alternative< (2003), in: ders., *When the Facts Change. Essays 1995-2010*, hgg. u. eingel. v. J.Homans, London 2015, 115-23; W.Khalidi, *Das Palästina-Problem. Ursachen und Entwicklung. 1897-1948* (engl. 1970), a.d. Engl. v. B.Jorges, Rastatt 1972; ders., >The Hebrew Reconquista of Palestine: From the 1947 United Nations Partition Resolution to the First Zionist Congress of 1897<, in: *Palestine Studies*, 39. Jg., 2009, H. 1, 24-42; H.Kissinger, *Memoiren*, Bd. 1: 1968-1973 (engl. 1979), München 1979; A.Lustiger, *Rotbuch: Stalin und die Juden. Die tragische Geschichte des Jüdischen Antifaschistischen Komitees und der sowjetischen Juden*, Berlin 1998; M.Machover, *Israelis und Palästinenser - Konflikt und Lösung* (2012), a.d. Engl. v. S.Langhaeuser, Hamburg 2013; N.Masalha, *A Land without a People. Israel, Transfer and the Palestinians 1949-96*, London 1997; N.Paech, >Das Palästina-Problem vor den Vereinten Nationen<, in: *Blätter*, 43. Jg., 1998, H. 5, 604-12; ders., *Menschenrechte. Geschichte und Gegenwart - Anspruch und Realität*, Köln 2019; ders. u. G.Stuby, >Kein Platz für das Palästinensische Volk? Geschichte und Perspektiven des Palästina-Konflikts<, in: *Blätter*, 27. Jg., 1982, H. 9, 1097-121 u. H. 10, 1214-36; I.Pappe, *Die ethnische Säuberung Palästinas* (engl. 2006), Frankfurt/M 2007; ders., >Ein Staat in Palästina. Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft<, in: ders./Hilal 2010/2013, 405-30; ders. u. J.Hilal (Hg.), *Zu beiden Seiten der Mauer. Auf der Suche nach einem gemeinsamen Bild der israelisch-palästinensischen Geschichte* (2010), a.d. Engl. v. S.Langhäuser, Hamburg 2013; L.Pinsker, >Autoemancipation!<. *Mahnruf an seine Stammesgenossen von einem russischen Juden*, Berlin 1882; L.Rokach, *Israels Heiliger Terror. Eine Studie auf der Basis von Moshe Sharett's persönlichem Tagebuch und anderen Dokumenten seiner Zeit* (engl. 1980), Einf. v. N.Chomsky, Neu Isenburg 2011; E.Said, *Orientalismus* (engl. 1978), Frankfurt/M u.a. 1981; A.Shlaim, *The Iron Wall. Israel and the Arab World*, London u.a. 2000; A.de Soto, *End of Mission Report*, Mai 2007

(www); A.J. **Toynbee**, >Foreword<, in: R. John u. S. Hadawi, *The Palestine Diary*, Bd. I: 1914-1945, Beirut 1970, xiii-xv;  
M. **Zuckermann**, *Sechzig Jahre Israel. Die Genesis einer politischen Krise des Zionismus*, Bonn 2009; ders., >Antisemit!<. *Ein Vorwurf als Herrschaftsinstrument*, Wien 2010.

**Norman Paech**

Anerkennung, Antifaschismus, Antikolonialismus, Antisemitismus, Arabischer Sozialismus, Aufstand, Auschwitz, Befreiung, Emanzipation, Emigration, Endlösung, Enteignung, Entkolonisierung, Entwicklungsländer, Faschismus, Finanzkapital, Frieden, Fundamentalismus, Genozid, Geopolitik, Gewalt, Grünes Buch, Guerilla, Herrschaft, Holocaust, Identität, Imperialismus, innerer Kolonialismus, internationale Beziehungen, islamische Revolution, islamischer Fundamentalismus, Judenfeindschaft, Judenfrage, Kalter Krieg, Kibbuz, Kolonialismus, Kreditkrise, Konflikttheorien, Krieg, Krieg der Kulturen, Kriegsverbrechen, Krieg und Frieden, Landnahme, Menschenrechte, Migration, Modernisierung, multikulturelle Frage, multikulturelle Politiken, Nation, national/nationalistisch, nationale Befreiung, nationale Frage, nationale Minderheiten, nationale Spezifik, Nationalstaat, Nazismus, Neoimperialismus, Neokolonialismus, Nord-Süd-Konflikt, Okzidentalismus, Orientalismus, osmanische Gesellschaftsstruktur, Peripherie/Zentrum, postkolonialer Sozialismus, Postkolonialismus, Pogrom, Rassismus, Schuldenkrise, Shoa, Sozialimperialismus, Staatsterrorismus, Stadtguerilla, Terrorismus, ungleiche Entwicklung, ungleicher Tausch, Unrecht, Unterdrückung, Unterwerfung, ursprüngliche Akkumulation, Versöhnung, Volk, Völkermord, Völkerrecht, Weltkrieg, Widerstand, Widerstandsrecht, Wiedergutmachung, Zerstörung, Zionismus